

AUSGABE OKTOBER 2008

ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links



GPR-Wahl 2008: Jugend an Bord

Seite 3

ver.di kritisiert mangelnden Steuervollzug

Jugend in den GPR



Foto: Armin Thomaß

Klaus-Dieter Gössel
und Francisca Bier

Seit vielen Jahren streitet ver.di unablässig dafür, jungen Menschen in der Berliner Steuerverwaltung eine Perspektive zu bieten. Das heißt für uns, einerseits als öffentliche Verwaltung in beispielhafter Anzahl Ausbildungsplätze einzurichten und andererseits, unseren Anwärterinnen und Anwärtern nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung auch eine berufliche Perspektive in den Berliner Finanzämtern zu bieten.

Um das zu erreichen, haben wir mit der Verwaltung direkt verhandelt, aber wir sind auch in die Öffentlichkeit getreten, wenn es nötig war, politischen Druck auf die Verantwortlichen in der Senatsverwaltung für Finanzen auszuüben. Und wir hatten durchaus Erfolg mit unseren Initiativen. In den vergangenen Jahren wurde ein Einstellungskorridor beschlossen und Übernahmen oder zumindest der Abschluss von Zeitverträgen, denen stets die Übernahme im nächsten Jahr folgte, durchgesetzt. Sicher hätten wir uns noch mehr Einstellungen und Übernahmen gewünscht. Schließlich werden die jungen Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern dringend gebraucht, damit die Arbeit überhaupt noch einigermaßen bewältigt werden kann.

Die intensive Zusammenarbeit der erfahrenen ver.di-Aktiven mit unserer nicht weniger engagierten ver.di-Jugendgruppe ist mehr und mehr ausgebaut worden und inzwischen eine Selbstverständlichkeit. So haben die ver.di-Delegierten bereits im Jahr 2006 ein kla-

res Signal gesetzt und mit Francisca Bier und Nadine Lichhorn zwei junge Kolleginnen in die fünfköpfige ver.di-Fachkommission gewählt. Über die besonderen Probleme der jungen Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern, der AnwärterInnen und der z. A.-BeamtInnen darf nicht nur geredet werden, sie selbst müssen in die entscheidenden Gremien auch einbezogen werden und dort vertreten sein. Ein Alibisitz auf dem 27. Listenplatz reicht dafür nicht aus. Die ver.di-Delegierten aus den Finanzämtern haben diese Überzeugung eindrucksvoll umgesetzt. So werden unter den Top Ten der ver.di-Beamtenliste für die Wahl zum Gesamtpersonalrat Francisca Bier, André Knoblauch und Nadine Lichhorn zu finden sein, die noch echte Twens sind.

Bei ver.di sind Jüngere und Ältere, Frauen und Männer, Innendienst und Außendienst optimal vertreten. Denn wir sind überzeugt davon: Auf die richtige Mischung kommt es an.

Versetzung von Beamten in den Stellenpool verfassungswidrig

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 18.9.08 entschieden, dass die Versetzung von Beamten in den Berliner Stellenpool verfassungswidrig ist. Damit wurde die Auffassung von ver.di durch das Gericht bestätigt, dass der Stellenpool nur eine virtuelle Behörde ist. Das Gericht erkannte, dass bei einer Versetzung in den Stellenpool der Beamte kein „neues Amt“ erhält. Diese Tatsache sei verfassungswidrig, da jedem Beamten ein seinem jeweiligen Status entsprechendes Amt übertragen werden muss. Ein Einsatz nach Art von Leiharbeitern komme nicht in Betracht (Az. 2 C 3.07 und 2 C 8.07).

Das ist ein weiterer Schlag für Finanzsenator Sarrazin, für den der Stellenpool ein Instrument des Personalabbaus ist.



Titelbild v. l. n. r.:
Nadine Lichhorn,
Klaus-Dieter Gössel,
Hans-Joachim Pagel,
André Knoblauch,
Siegfried Grittmann,
Francisca Bier

Realitätsverlust

Schlaglicht

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach wie vor hat das Haupttätigkeitsmerkmal in den Finanzämtern einen Namen: EOSS. Dabei geht es nicht nur um die großen Probleme mit der Einführung dieser angeblich evolutionären Software. Nein, der Teufel steckt hier auch noch im Detail. Die Senatsverwaltung für Finanzen will nicht begreifen, wie belastend die vielen zusätzlichen Bearbeitungsschritte, die langen Reaktionszeiten, die bis zur Unkenntlichkeit abgespeckten Programme oder die vom Bescheidinhalt abweichenden Proberechnungen sind. Das kostet Zeit und Nerven der KollegInnen. Während aber in den Finanzämtern oft schiere Verzweiflung herrscht, verkündet SenFin weiterhin die erfolgreiche Einführung von EOSS. Und

sie erklärt in ungebrochener Ignoranz alle EOSS-Probleme mit den unflexiblen und inkompetenten Beschäftigten, die der rasanten technischen Entwicklung einfach nicht gewachsen sind. So zuletzt geschehen in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage aus dem Abgeordnetenhaus. SenFin redet hier ganz unverfroren von einem „temporären Verlust an Routine der Mitarbeiter“. Na klar: Die Schuld kann immer nur „unten“ liegen. Solche Äußerungen sind ein Hohn für alle, die immer noch das Beste geben, um ihre Aufgaben zu erfüllen, und das trotz EOSS. Bei SenFin kann man jedenfalls von einem nicht sprechen, nämlich von einem temporären Verlust an Routine.

Ihr Klaus-Dieter Gössel



Klaus-Dieter Gössel
Vorsitzender der
Fachkommission
Steuerverwaltung
ver.di Berlin

Mehr Personal gefordert

ver.di kritisiert Zwei-Klassen-Steuerrecht

Mehr als 100 Kolleginnen und Kollegen aus Finanzämtern aller Bundesländer diskutierten am 23.9.2008 auf der Steuerpolitischen Fachtagung von ver.di die mangelnde Steuergerechtigkeit in Deutschland und die Wege aus der Krise. ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske stellte zu Beginn fest, dass in den letzten Jahren hohe Einkommen durch die deutsche Steuergesetzgebung erheblich entlastet worden seien: Von einem „Hochsteuerland“ kann nicht die Rede sein. In Deutschland besteht vielmehr ein Zwei-Klassen-Steuerrecht, das ArbeitnehmerInnen benachteiligt. Der mangelnde Steuervollzug, den auch der Bundesrechnungshof rügte, verstärkt diese Benachteiligung noch. Gemessen an der offiziellen Personalbedarfsberechnung fehlen bereits 3000 BetriebsprüferInnen, 2700 KollegInnen im Innendienst und 300 SteuerfahnderInnen. Der Bund und die Länder sind in der Pflicht, eine einheitliche und für die Aufgabenerfüllung geeignete Personalausstattung festzulegen.

Reinhard Kilmer, stellvertretender Vorsitzender der ver.di-Bundesfachkommission Steuerverwaltung und selbst Steuerfahnder kritisierte in deutlichen Worten die Möglichkeit, sich der Besteuerung durch Verlagern von Vermögen in Steueroasen zu entziehen. Dr. Klaus Schleicher, Direktor der Steuerabteilung beim Bundesrech-

nungshof, belegte den mangelnden Steuervollzug mit Zahlen. Er wies darauf hin, dass das Personal in den Finanzämtern seit 2000 um 13 % vermindert worden sei. So könne die Gleichmäßigkeit der Besteuerung nicht gewährleistet werden. Die anschließende Diskussion mit finanzpolitischen Experten von CDU, Die Grünen und Die Linke – der SPD-Vertreter war nicht erschienen – machte deutlich, dass die Große Koalition weder Steuergesetze vereinfachen noch ausreichend Personal in den Finanzämtern einsetzen will. Der Bundesregierung geht es anscheinend allein um weitere Steuererleichterungen für Bezieher von Einkünften aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. So zeigte sich der CDU-Vertreter als Wirtschaftslobbyist, für den eine Gleichmäßigkeit der Besteuerung nur von untergeordneter Bedeutung ist. Wenigstens Die Grünen und Die Linke stimmten ver.di zu und sprachen sich für eine Personalverstärkung aus.

Frank Bsirske machte zum Abschluss deutlich, dass ver.di den Skandal des mangelnden Steuervollzugs weiter thematisieren wird. Gleichmäßigkeit der Besteuerung und damit mehr Gerechtigkeit sind nur zu erreichen, wenn mehr Personal in den Finanzämtern eingesetzt wird und der Bund und die Länder für einheitliche Ausstattungsmaßstäbe sorgen.



v. l. n. r.: Reinhard Kilmer,
Achim Meerkamp,
Werner Stupka,
Frank Bsirske,
Klaus-Dieter Gössel



Teilnehmer/innen
der Steuerpolitischen
Tagung



Verstärkung in Sicht ...

In diesem Jahr konnte Nadine Lichhorn, die Vorsitzende der Gesamt-Jugend- und Auszubildenden-Vertretung (GJAV) 115 neue Anwärterinnen und Anwärter in unserer Steuerverwaltung begrüßen, immerhin 100 aus dem gehobenen Dienst, aber leider nur 15 aus dem mittleren Dienst.

Wir als ver.di-Jugendgruppe möchten alle Anwärterinnen und Anwärter unterstützen und für alle Fragen, Probleme und Anregungen Ansprechpartnerin sein. Wir stellen 6 der 9 Mitglieder der GJAV. Wenn uns also Vorschläge zur Verbesserung der Ausbildung erreichen, können wir für ihre Umsetzung als GJAV sorgen.

Wir setzen uns für die Erweiterung und Ausschöpfung des Einstellungskorridors ein, damit möglichst viele AnwärterInnen nach erfolgreicher Ausbildung eine Übernahmechance erhalten.

Neben unserer inhaltlichen Arbeit als JugendvertreterInnen, stehen aber auch

gemeinsame Freizeitaktivitäten auf unserer Liste ganz oben, wie zuletzt der Besuch im Hochseilgarten, der uns in unserer Teamarbeit und für neue Taten gestärkt hat. Wir wollen etwas bewegen und dafür sind wir aktiv. Alle, die Lust bekommen haben, mitzumachen oder uns einfach nur besser kennenlernen wollen, sollten uns einfach mal kontaktieren: jugend@vau-online.de



Nadine Lichhorn

HERZLICH WILLKOMMEN!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wünschen Euch einen guten Start in Eurem Ausbildungsfinanzamt und im Bildungszentrum Königs Wusterhausen. Gebt von Anfang an Gas und haltet durch, denn wenn es in zwei bzw. drei Jahren um die Übernahme geht, wird nur auf Eure Noten geschaut.

Eure Nadine Lichhorn

Klaus Wilzer GPR-Vorsitzender im Interview



vau: Der Berliner Senat hatte für die Finanzämter einen Einstellungskorridor von 100 pro Jahr festgelegt. SenFin schöpft diesen in 2008 nicht aus. Was sagst Du dazu?

Klaus Wilzer: SenFin stellt einmal mehr unter Beweis, dass sie nicht weiß, was in den Finanzämtern wirklich los ist. Erst werden Stellen abgemeldet, um Sarrazins 90%-Vorgabe zu erreichen, und dann kürzt SenFin auch noch den Einstellungskorridor und lässt so die Finanzämter weiter ausbluten. Schon jetzt fehlen 470 Kolleginnen und Kollegen. Selbst ein vollständiges Ausschöpfen der 100 möglichen Einstellungen würde nicht ausreichen, um den tatsächlichen Bedarf zu decken. Von den zusätzlichen Problemen durch EOSS ganz zu schweigen.

vau: Was müsste statt dessen geschehen?

K.W.: Das Mindeste wäre doch erst einmal die Abgän-

ge voll zu ersetzen. Schon das wären mehr als 100. Für eine leistungsstarke und zukunftsfähige Steuerverwaltung brauchen wir die jungen Kolleginnen und Kollegen. Das heißt also, sich gleich für die Übernahme ins Beamtenverhältnis zu entscheiden, statt zunächst für ein Jahr Zeitverträge abzuschließen und die Betroffenen so im Unklaren zu lassen.

vau: Zusätzlich hatte SenFin zugesagt, die Arbeitszeit von 20 teilzeitbeschäftigten Angestellten aufzustocken. Auch hier wurde nicht Wort gehalten.

K.W.: Von dieser Fehlentscheidung sind ausschließlich Frauen in unteren Gehaltsgruppen betroffen. Das wird zu einem weiteren Ansehens- und Vertrauensverlust der Senatsverwaltung führen. Dieser Wortbruch wäre nicht nötig gewesen, denn die dafür benötigten fünf Stellen hätten zur Verfügung gestanden. Auch hier besteht nach wie vor die Möglichkeit, doch noch Wort zu halten.

Wir lassen uns nicht mit Almosen abspeisen



Am 15.9.2008 ist die Tarifauseinandersetzung in Berlin in ihre nächste Phase getreten. Zuletzt am 14.7.2008 hatte ver.di die Berliner Tarifbeschäftigten zum Streik aufgerufen. In einem eindrucksvollen Demonstrationzug haben an diesem Tage auch viele Kolleginnen und Kollegen aus den Berliner Finanzämtern und der Senatsverwaltung für Finanzen die Amtssitze von Körting und Sarrazin unter dem Motto „Wir umkreisen das Problem“ umrundet. Und auch diesmal haben sich wieder unzählige Beamtinnen und Beamte in ihrer Freizeit an dem Protest beteiligt. Sie wissen, dass es auch um ihre Bezahlung geht, die nur dann spürbar erhöht werden kann, wenn ver.di im Tarifkonflikt erfolgreich ist. Dennoch haben Wowereit, Sarrazin und Körting ihre Verweigerungshaltung in den gleichzeitig geführten Tarifverhandlungen nicht aufgegeben. Noch während der Demonstrationzug lief, informierte die ver.di-Verhandlungsführerin Astrid Westhoff die Streikenden von der starren Haltung des Senats. Der hatte nicht mehr als sein bisheriges unzureichendes Angebot zu den Verhandlungen mitgebracht. Was sich schon an diesem Tag andeutete, wurde dann am 15.7.2008 tatsächlich Wirklichkeit. In ihrer unerträglichen Arroganz beschlossen Wowereit & Co. freiwillige Einmalzahlungen für 2008 und 2009 von je 300,- €.

„Das ist eine Farce und zugleich ein Schlag ins Gesicht aller Berliner Beschäftigten im öffentlichen Dienst“, so Klaus-Dieter Gössel. „Wir lassen uns nicht mit Almosen abspeisen. Und wir lassen uns von Wowereit und Sarrazin nicht verhöhnen.“

Der Berliner Senat hat mit den Einmalzahlungen versucht, den Druck aus dem Tarifkonflikt zu nehmen. Am 15.9.2008 hat ver.di gezeigt, dass dieser Versuch misslungen ist. Die Berliner Kolleginnen und Kollegen lassen sich nicht verschaukeln. Beginnend am Brandenburger

Tor haben sich die KollegInnen frei nach dem Motto der Bremer Stadtmusikanten „Etwas Besseres als Wowereit finden wir überall ...“ bei verschiedenen Landesvertretungen auf die Suche nach einem sozialen Tarifpartner gegeben. Und den findet man inzwischen überall in Deutschland – außer eben in Berlin. Selbst in Hessen wurden die Einkommen in diesem Jahr um 2,9 % erhöht. *„Unsere Forderungen sind bescheiden. 2,9 % gleichen noch nicht einmal die Inflation aus, von den Verlusten der letzten Jahre ganz zu schweigen. Warum Wowereit so mit den Kolleginnen und Kollegen umgeht, ist mir schleierhaft. Wir werden jedenfalls nicht nachlassen und alles versuchen, noch einen akzeptablen Kompromiss hinzukriegen. Dafür brauchen wir aber die Unterstützung aller Kolleginnen und Kollegen“, sagte Klaus-Dieter Gössel zum Abschluss.*

v. l. n. r.:

Streik am 14. Juli 2008.

ver.di-Streikende aus den Finanzämtern.

15. September 2008 – Der Streik geht weiter.

Bezahlung nach Alter diskriminierend ver.di: Jetzt Ansprüche sichern

In einem Berufungsverfahren eines Angestellten des Landes Berlin hat das Landesarbeitsgericht (LAG) Berlin entschieden, dass die Lebensaltersstufen des BAT/ BAT-O eine Diskriminierung darstellen. Hierin sehen die Richter einen Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Das Gericht hat dem Kläger die Eingruppierung in die letzte Lebensaltersstufe zugebilligt und das sogar rückwirkend. Deshalb ist es erforderlich, dass die Angestellten, die noch nicht die letzte Lebensaltersstufe erreicht haben, ihren Anspruch – auch rückwirkend – geltend machen.

ver.di hat dafür entsprechende Anträge vorbereitet, die jetzt im Hinblick auf die Ausschlussfristen nach § 70 BAT/BAT-O gestellt werden sollten. Das Land Berlin hat angekündigt, Revision beim Bundesverwaltungsgericht einzulegen. Unabhängig davon sollten alle, die die letzte Lebensaltersstufe noch nicht erreicht haben, ihre Ansprüche schon jetzt sichern. Vorsorglich empfiehlt ver.di auch eine Klagefrist von drei Monaten (§ 61 b Arbeitsgerichtsgesetz) nach Zugang der Geltendmachung in der Geschäftsstelle einzuhalten. Die Anträge sind bei den ver.di-Vertrauensleuten oder bei Klaus Wilzer, Tel. 90 24 - 1 06 02, erhältlich.

Vielen Dank, Heide Sabeck



Heide Sabeck hat am 1. September 2008 einen neuen Lebensabschnitt begonnen und ihre aktive Dienstzeit beendet. Seit 1995 gehörte sie der ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung an, seit 1998 war sie die Gesamtfrauenvertreterin. In dieser Funktion hat Heide Sabeck Pionierarbeit geleistet und die Gleichstellung von Frauen in der Berliner Steuerverwaltung weit voran gebracht. Und sie hat mit Ihrem Einsatz mit dafür gesorgt, das das Amt der Frauenvertreterin größere Bedeutung und Anerkennung erhalten hat. Sie hat sich für viele Kolleginnen und Kollegen eingesetzt und vielen helfen können. Für diesen Einsatz danken wir ihr sehr. Als letzten großen frauenpolitischen Erfolg ihrer aktiven Arbeit konnte sie die Verankerung des Teilnahmerechts der Frauenvertreterinnen an den Personalratssitzungen im Personalvertretungsgesetz Berlin verbuchen.

Wir wünschen ihr nun für den neuen Lebensabschnitt alles Gute, vor allem Gesundheit.

Anzeige

NÜRNBERGER Beamten
Versicherungen – Beamtendarlehen

Zinsen senken – befreit leben.

Sie zahlen hohe Darlehensraten? Dann lösen Sie den bestehenden Kredit einfach ab – mit dem NÜRNBERGER Beamtendarlehen und der DSL Bank.

Schon ab 5,88 %*!

*effektiver Jahreszins bei einer Laufzeit von 12 Jahren

So können Ihre Wünsche wahr werden. Rufen Sie gleich an! Ihr Ansprechpartner nimmt sich gern Zeit für Sie.

NÜRNBERGER Beamten
Lebensversicherung AG
Bezirksdirektion Berlin GA
Thomas Otto
Kurfürstendamm 40/41, 10719 Berlin
Tel. 030 88422-320, Fax 030 88422-350
thomas.otto@nuernberger.de
www.nuernberger.de

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER



VERSICHERUNGSGRUPPE



Staatssekretärin Iris Spranger macht ver.di-Projekt zur Chefin-Sache



Bereits seit Juli 2007 engagiert sich ver.di mit einem Projekt im Finanzamt Mitte/Tiergarten, das den besseren Umgang mit psychischen Belastungen im Arbeitsalltag zum Ziel hat (wir berichteten in der vau-Ausgabe Dezember 2007). Neu dabei ist, dass hier erstmals die häufig ganz unterschiedlichen Auswirkungen von Stress und Belastungen auf Frauen und Männer untersucht werden. Dadurch wird ermöglicht, Gesundheitsgefahren für Frauen und Männer aufgrund der arbeitsalltäglichen Belastungssituation besser zu erkennen. Und es können Instrumente zum besseren Umgang mit diesen Belastungen entwickelt werden, die die geschlechtsspezifischen Zuschreibungen an Frauen und Männern berücksichtigen und so besser greifen können. Es macht einfach einen Unterschied, ob schwierige Steuerpflichtige auf eine Finanzbeamtin oder einen Finanzbeamten treffen. Bereits dadurch entscheidet sich, wie ein Problem vorgebracht wird und welche Erwartungen für die Lösung bestehen. Gleiches gilt natürlich auch beim Umgang von Vorgesetzten mit Männern und Frauen. Allein das Geschlecht bestimmt, welche Erwartungen vorliegen, egal ob die oder der Einzelne in die stereotypen Rollenbilder passt oder nicht. Frauen können besser beraten, Männer sind fachlich kompetenter, Frauen können mehrere Sachen gleichzeitig, Männer arbeiten zielorientierter. Das sind nur einige der Klischees, mit denen wir täglich konfrontiert werden, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie in fast allen Köpfen mehr oder weniger verfestigt sind.

Bisher ist den Führungskräften in vielen Unternehmen und Verwaltungen nicht bewusst, dass ihr Verhalten von Frauen und Männern ganz unterschiedlich empfunden wird. Und sie nehmen auch nicht wahr, dass sie Frauen und Männern gegenüber teilweise nur deshalb unterschiedliche Erwartungen haben, weil sie ihren eigenen Geschlechterbildern folgen und nicht das Individuum im Blick haben. Ein solches – geschlechterblindes – Verhalten kann aber zusätzlich Stress auslösen und als mangelnde Wertschätzung empfunden werden. ver.di versucht, mit seinem bundesweiten Projekt „Gen-

der-Stress“ dagegen zu wirken, denn gerade die Verbesserung der Wertschätzung jeder einzelnen Kollegin und jedes einzelnen Kollegen sorgt für ein besseres Wohlbefinden und höhere Leistungsfähigkeit. So profitieren alle Seiten davon.

Der Projektverantwortliche für die Berliner Steuerverwaltung Jörg Bewersdorf hat im August 2008 der Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen Iris Spranger das ver.di-Projekt vorgestellt. Frau Spranger zeigte sich sehr interessiert an diesem Thema, und so wurde übereinstimmend festgestellt, dass sich nur dann eine wirksame Verbreitung und Entwicklung mit den erzielten Forschungsergebnissen erreichen lässt, wenn die Spitzenbeamtinnen und -beamten in der Senatsverwaltung für Finanzen und den Finanzämtern einbezogen werden. Das geschah bereits bei einem weiteren Treffen mit der Staatssekretärin und den Abteilungsleitern in der Senatsverwaltung. Hier wurde auch vereinbart, das Projekt auf die Tagesordnung der nächsten Vorsterherbesprechung zu setzen. Aber auch die Beschäftigten in den Finanzämtern sollen informiert werden. Jörg Bewersdorf (90 24-1 92 84) steht daher für die Durchführung von Info-Veranstaltungen vor Ort zur Verfügung. Einige Frauenvertreterinnen und Personalräte haben davon bereits Gebrauch gemacht.

Jörg Bewersdorf,
Staatssekretärin
Iris Spranger

Die vau sowie weitere
Informationen und
Links können Sie bei
www.vau-online.de
einsehen.

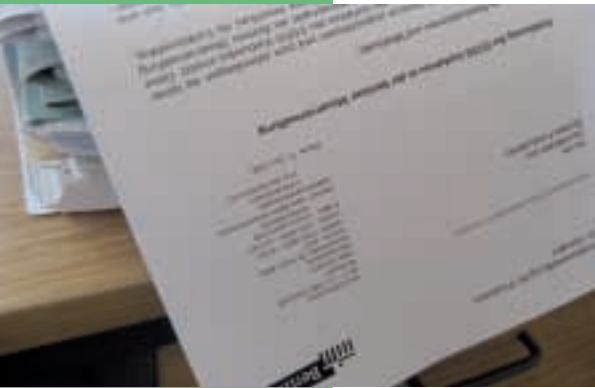
vau

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
Verantwortlich für den Inhalt: Antje Thomaß, antje.thomass@verdi.de
Redaktion: Klaus-Dieter Gössel, Jörg Bewersdorf, Daniela Ortmann
Layout: Manfred Schultz
Herstellung: tableau GmbH
www.verdi.de
www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb_06
www.bb-verdi.de
www.seitenweise-verdi.de
www.vau-online.de
Leserbriefe an: info@vau-online.de



Es ist Zeit, Dank zu sagen ...



Beihilfe: Geduld am Ende

Am 6. August 2008 hat sich SenInn durch den Staatssekretär Ulrich Freise mit „einem kurzen Rückblick und einem erfreulichen Ausblick“ schriftlich an alle Beschäftigten gewandt. Seit dem 11. August 2008 werden „Neuanträge“ tatsächlich kurzfristig bearbeitet. Auf die Kostenerstattung bei „Altanträgen“ warten die KollegInnen jedoch inzwischen schon drei Monate und länger. Und diese sollen jetzt durch zusätzliches Personal bzw. Überstunden erst nach und nach abgearbeitet werden. Wer bereits Anfang des Jahres eine Abschlagszahlung erhalten hat, wird ganz zuletzt seinen Bescheid erhalten. Das ist kaum als „erfreulich“ zu bezeichnen und für die Betroffenen klingt der Dank für das von Herrn Freise hierfür unterstellte Verständnis wie Hohn.

ver.di fordert deshalb eine nachhaltige und ausreichende Ausstattung der Beihilfestelle mit ausgebildetem Personal, damit alle Beschäftigten die Erstattung ihrer Behandlungskosten in angemessener Frist erhalten. Eine vorübergehende Personalverstärkung oder das Verdonnern der KollegInnen in der Beihilfestelle zu Mehrarbeit und Überstunden sind dafür nicht der geeignete Weg.

Werter Herr Dr. Sarrazin,

gestatten Sie, dass ich mich heute ausnahmsweise ohne Einhalten des Dienstweges direkt an Sie wende. Es ist mir ein dringendes Bedürfnis, Ihnen ohne Umschweife meinen Dank für Ihre Fürsorge, die Sie mir und meinen KollegInnen angedeihen lassen, auszusprechen. Ich muss außerdem meiner vorzüglichen Hochachtung vor Ihrer Leistung als Retter Berlins und Verkünder klarer Wahrheiten Ausdruck verleihen.

Ich bedanke mich ausdrücklich auch für Ihr Dankschreiben an uns Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denn ich weiß, Sie haben darin Ihren aufrichtigen Respekt vor unserer Arbeitsleistung kundtun wollen. Im Gegensatz zu anderen KollegInnen stört es mich auch nicht, dass Sie diesen Brief von einem Sachbearbeiter verfassen ließen – Sie sind ein wichtiger Mann und können sich nicht um jede Kleinigkeit kümmern.

Ich bin so froh, dass Sie sich um den Berliner Landeshaushalt kümmern! Gerne verzichte ich zum Wohle meines Landes weiterhin auf Gehaltserhöhungen – man muss eben manchmal für ein größeres Ziel zurückstecken. Meinen Speiseplan habe ich dem eines Hartz-IV-Empfängers angepasst. Es gelingt mir auch, trotz der relativ einseitigen und fettreichen Kost, die das mit sich bringt, mein Gewicht zu halten. Im Sommerchlussverkauf konnte ich bei „Wulle“ gute Wolle recht günstig erstehen. Den ersten Pullover für die kalte Jahreszeit habe ich bald fertig, wenn ich Glück habe, reicht die Wolle noch für einen Pullunder für meinen Sohn. Ich schätze Ihre konstruktiven Sparvorschläge sehr und gehe wie viele in meinem Umfeld davon aus, dass Sie per Rundverfügung anordnen werden, die Raumtemperatur in Büroräumen im Winter auf 16° C festzulegen. Die kluge Beamtin sorgt vor und geht mit gutem Beispiel voran. Ich habe in meinem Finanzamt – natürlich außerhalb unserer Dienstzeit – einen nachmittäglichen Strickkurs ins Leben gerufen und schon 14 Anmeldungen! Die reduzierte Bürotemperatur im Winter wird auch dafür sorgen, dass keine bleichen und übelriechenden, weil verschwitzten Beamten Ihr Auge beleidigen. Das ist Ihnen genauso wenig zuzumuten wie eine Fahrt 2. Klasse in der Bahn. Ich finde auch, dass Trainingsanzugträger, sabbernde Babies und betrunkene Soldaten aus den Zügen verbannt werden sollten.

Herr Dr. Sarrazin, vielen Dank auch für die uns trotz EOSS erneut auferlegte Zielvereinbarung. Es geht nicht ohne, das sehe ich genauso. Wenn man uns Mitarbeitern nicht klar sagt, was wir zu tun haben, wird die Arbeit nicht ordentlich erledigt. Und wer sagt eigentlich, dass alle Stellen besetzt werden müssen??? Das kostet nur! Selbst Betriebsprüfer bringen im Schnitt jedes Jahr nur etwas über 500 000 Euro in die Landeskasse, wenn man mal deren Lohnkosten gegenrechnet. Und welches Unternehmen soll sich denn in Berlin ansiedeln, wenn es Gefahr läuft, von Finanzbeamten belästigt zu werden?

Ich finde, Sie machen das ganz prima mit dem Regieren. Ich würde Sie echt gern wiederwählen. Leider musste ich wegen des knappen Gehalts meinen Wohnort in das Land Brandenburg verlegen, da sind die Mieten eben doch niedriger. Vielleicht können Sie aus Kostengründen die nächsten – sagen wir mal – zwei Wahlen ausfallen lassen? Sie sparen die Verpflegungspauschalen für die Wahlhelfer und müssen auch keine Dienstbefreiung gewähren. Außerdem wäre so sichergestellt, dass Sie weiterhin Ihr Wesen treiben können – zum Wohle aller.

Ihre Ihnen aufrichtig dankbare Untertanin
D.